

Am 14. Mai  
5 × Zukunft wählen!



Unser Kurzwahlprogramm  
in verschiedenen Sprachen.  
[dasneuerot.de](http://dasneuerot.de)

**DIE LINKE. Bremen**  
Faulenstraße 75 | 28195 Bremen  
Telefon 0421/32 06 66  
[info@dielinke-bremen.de](mailto:info@dielinke-bremen.de)  
[www.dielinke-bremen.de](http://www.dielinke-bremen.de)  
[dasneuerot.de](http://dasneuerot.de)

V. i. S. d. P.: Andreas Hein-Fogge

### Gleiche Bildungschancen für alle



In Bremen und Bremerhaven hängt der Bildungserfolg besonders stark von der sozialen Herkunft ab. Das wollen wir ändern. Nach dem Vorbild der Klima-Enquete wollen wir eine Enquete-Kommission einsetzen, die einen konkreten Fahrplan zur Überwindung von Bildungsgerechtigkeit vorlegt. Wir setzen uns ein für eine Schule für alle, für kleinere Klassen und eine bessere Ausstattung derjenigen Schulen, wo die Herausforderungen am größten sind.

### Die Lohnlücke schließen



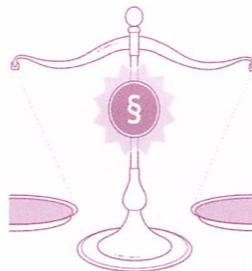
Gerade in Bremen und Bremerhaven verdienen Frauen im Schnitt deutlich weniger als Männer. Wir wollen mehr Entgeltgleichheit schaffen: Indem die Vereinbarkeit von Beruf und Familie gefördert und die Kinderbetreuung ausgebaut wird. Durch geförderte Teilzeitausbildung. Mit verpflichtenden Analysen für öffentliche Unternehmen (EG-Check). Und durch bessere Bezahlung in Branchen, in denen besonders viele Frauen arbeiten.

### Öffentliche Dienstleistungen zurück in öffentliche Hand



Straßenreinigung, Abwasserentsorgung, Müllabfuhr, Fernwärme: Solche öffentlichen Dienstleistungen gehören in öffentliche Hand. Wir wollen die Leistungsverträge an Privatunternehmen auslaufen lassen und durch öffentliche Unternehmen übernehmen. Weil Rekommunalisierung faire Gebühren, faire Löhne und eine Orientierung am Gemeinwohl sichert.

### Gleiche Rechte für alle



Rassismus und andere Diskriminierungsformen gehören immer noch zum Alltag. Mit einem Landesantidiskriminierungsgesetz wollen wir die Rechte der Betroffenen stärken: bei Ämtern und Behörden, auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt und im Freizeitbereich. Für mehr Beratungs- und Unterstützungsangebote wollen wir die Landesantidiskriminierungsstelle ausbauen und zivilgesellschaftliche Projekte stärken.



**DAMIT AUS MITTE-  
LINKS NICHT  
NUR MITTE WIRD.**

**DIE LINKE.**  
BREMEN UND BREMERHAVEN

## Liebe Bremer\*innen, liebe Bremerhavener\*innen!

Vier Jahre haben wir als Teil der Bremer Landesregierung daran gearbeitet, unsere beiden Städte so gut es geht durch die Krisen zu bringen. Auch Sie haben in den letzten vier Jahren alles getan, um sich und ihre Familien gut durchzubringen: durch die schwierige Corona-Zeit, durch die Preis- und Energiekrise. Wie es weitergeht, dafür sind die kommenden Wahlen in Bremen wichtig.

Soziale Gerechtigkeit finden fast alle gut. Aber sie muss jeden Tag neu durchgesetzt werden. In den nächsten vier Jahren wird sich vieles verändern: durch die Klimapolitik und durch die Weltpolitik, auf dem Arbeitsmarkt und auf dem Wohnungsmarkt. Damit das unter fairen Bedingungen für alle geschieht, braucht es eine starke linke Handschrift. Mit Regeln für den Markt und mit sozialen Reformen.

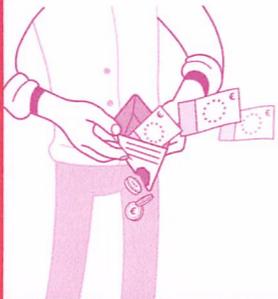
Auf den nächsten Seiten finden Sie unser Programm in Kurzfassung. Wir wollen, dass private Haushalte stärker entlastet werden, die Gesundheitsversorgung und die Arbeitsbedingungen in der Pflege verbessert werden und alle die gleichen guten Bildungschancen erhalten. Wir wollen, dass Bus und Bahn für Sie kostenlos werden, dass es mehr Ausbildungsplätze gibt und dass die Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand ist. Wir setzen uns dafür ein, dass Mieten gebremst werden, dass Arbeitsplätze erhalten und neue geschaffen werden und dass endlich genug in Klima und Bildung investiert wird.

Dafür bitten wir Sie, am 14. Mai wählen zu gehen. **Mit allen fünf Stimmen für DIE LINKE.** Weil soziale Gerechtigkeit eine starke Lobby braucht.

Danke und viele Grüße  
Kristina Vogt und Claudia Bernhard



### Private Haushalte in der Krise entlasten



Steigende Preise, nicht nur für Energie, setzen vor allem Menschen und Familien mit geringen und mittleren Einkommen zu. Die Hilfen des Bundes reichen nicht aus. Zusätzliche Entlastungen durch die Landespolitik sind notwendig. Wir wollen einen günstigen Sozialtarif für Strom einführen und einen Mietpreisstopp bei den öffentlichen Wohnungsgesellschaften GEWOBA, BREBAU, STÄWOG und beim Studierendenwerk.

### Klimastrategie umsetzen, Zukunftsinvestitionen ermöglichen



Wir wollen Bremen und Bremerhaven bis 2038 klimaneutral machen und die von der Klima-Enquete-kommission empfohlene Klimaschutzstrategie umsetzen. Dafür wollen wir für Klimainvestitionen die Schuldenbremse weiterhin aussetzen. Aber wir brauchen auch öffentliche Investitionen in Infrastruktur, Schul- und Kita-Bau. Dazu wollen wir die Schuldenbremse für die Kommunen generell aus der Landesverfassung streichen.

### Null-Euro-Ticket für den ÖPNV



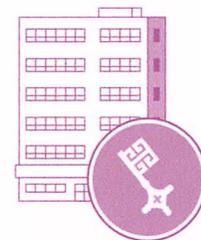
Das 9-Euro-Ticket im Nahverkehr hat gezeigt: Der Umstieg auf klimafreundliche Mobilität findet statt, wenn er wirklich günstig ist. Wir wollen den öffentlichen Nahverkehr in Bremen und Bremerhaven zum Nulltarif für alle. Finanzieren wollen wir das über die Grundsteuer auf Wohnen und die Gewerbesteuer.

### Mehr Ausbildungsplätze durch Ausbildungsfonds



Jugendliche brauchen Ausbildungsplätze, Unternehmen brauchen Fachkräfte. Wir wollen Betriebe, die ausbilden, besser unterstützen und fördern – mit einem Ausbildungsfonds, in den alle Unternehmen einzahlen, der ausbildende Betriebe unterstützt und zusätzliche Ausbildungsplätze schafft.

### Mehr kommunale Wohnungen, weniger Investorenprofite



Gutes und bezahlbares Wohnen für alle: Das funktioniert nur, wenn die Stadt genügend kommunale Wohnungen hat und dadurch Einfluss auf den Mietmarkt nimmt. GEWOBA, BREBAU und STÄWOG sollen verstärkt Wohnungsbestände ankaufen. Die Sozialwohnungsquote wollen wir erhöhen. Brachgefallene Flächen sollen zur Entwicklung an die Stadt verkauft werden – vorher gibt es kein neues Baurecht.

### Für eine starke und sichere Gesundheitsversorgung



Wir haben die öffentlichen Zuschüsse für Krankenhausinvestitionen gegenüber 2019 verdoppeln können, aber nur zeitlich befristet. Dieses Niveau wollen wir dauerhaft fortschreiben. In den Stadtteilen wollen wir Gesundheits- und Sorgezentren aufbauen und an den Krankenhäusern verstärkt ambulante Leistungen zu schließen. Gleichzeitig setzen wir uns nachdrücklich für bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege ein und fordern, dass die GeNo von Altschulden entlastet wird.